

Zeitungsgeld  
vierteljährlich 1,50 M.  
Halbjährlich 2,50 M.  
Jahresbetrag 4,50 M.  
...  
Verlangt: Dienstreise  
nach nichtbenutzt.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Ernst Göcke



Porzellan  
Steingut  
Kristall.

Wilsdruffer Strasse 16

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif.  
Annahme von Anzeigen  
bis nachm. 5 Uhr.  
...  
Jedes Blatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

**Cornpflaster** zur gründlichen Beseitigung von **Hühneraugen, Hornhaut, Warzen usw.** 50 Pfennig.  
Versand nach auswärts.  
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Verlangen Sie überall nur **Radeberger Pilsner**  
aus der **Radeberger Exportbierbrauerei.**

Reizende Neuheit! **Kleine Apparate** & **Große Bilder**  
Bitte verlangen Sie Spezial-Broschüre.  
**Oskar Bohr, neben Café König.**

**Lederwaren - Reise-Artikel**

Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

**Adolf Näter**

Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft  
26 Prager Strasse 26.

## Für eilige Leser.

**Putzmahlige Bitterung:** Reifeinnde Bewölkung, schwache Abführung, hellenweiße Gewitter.  
Der König tritt am 23. Juni von Leipzig aus eine mehrtägige Reise nach Tirol an.  
Die Studentenschaft der hiesigen Hochschulen und der Akademien zu Freiberg und Thorand veranlaßte zu Ehren des Kaisers gestern einen Fackelaug.  
Die diesjährige Nordlandreise des Kaisers findet in der Zeit vom 7. Juli bis 6. August statt.  
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht das am 20. April an den Kanzler gerichtete Schreiben, in dem sich Prinz Ernst August verpflichtet, keinerlei Agitation auf Veränderung des preussischen Bestandes zu unterstützen.  
Der Einzug des Prinzenpaares Ernst August in Rathenow erfolgt am 3. Juli.  
Die Reichsregierung hat für die endgültige Gestaltung des Wehrbeitrages eine Reihe wichtiger Forderungen aufgestellt.  
Die zweite Lesung der Wehrvorlage wird im Reichstage voraussichtlich frühestens am Montag beendet werden, die dritte Lesung beginnt erst, wenn alle Deckungsvorlagen in zweiter Lesung beraten sind; die Verabschiedung aller Vorlagen erwartet man zeitigstens für den 12. Juli.  
Bei der gestrigen Reichstagswahl im Kreise Walded-Pyrmont wurde Raumann (Vortshr. Sp.) gewählt.  
Die Türkei erklärt, daß sie keinesfalls abzurufen werde, bevor der Friedensvertrag ausgetauscht sei.  
Durch den Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge wurden fünf bulgarische Offiziere und vierzig Soldaten getötet.

## Die Vertrauensundgebung des Zaren für Sazonow

muh in der Geschichte der äußeren Politik Rußlands als ein Vorgang von ganz besonderer Bedeutung gebucht werden, der um so mehr an Beachtung gewinnt, als das Vertrauensvotum an den Zarenbesuch in Berlin anschließt und unter dem Eindruck des dortigen herzlichen Empfanges durch den Deutschen Kaiser und die Berliner Bevölkerung geschrieben wurde. Kaiser Nikolaus gibt, unter dem Einfluß der Berliner Besprechungen, zu erkennen, daß in Berlin die Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm und König Georg von England „außer der Tradition der alten Freundschaft die einmütige Gesinnung in den Hauptfragen der europäischen Politik“ erwiesen hat. Diese Feststellung ist von großem Interesse. Sie bestätigt das, was man schon vor den Besuchen in Berlin annehmen mußte: daß Deutschlands und Rußlands Politik in schwerwiegenden Fragen voneinander nicht abweichen, ja sogar zusammengehen müßten, denn andernfalls wäre die Zusammenkunft in der deutschen Reichshauptstadt kaum ermöglicht worden. So erfreulich die Betätigung des deutsch-russisch-englischen Einverständnisses ist, so erfreulich ist diese Feststellung noch nach einer anderen Richtung. Die habsburgische Monarchie war in Berlin bei den Hochzeitsfeierlichkeiten nicht vertreten. Anfanglich hatte man den Besuch des Thronfolgers erwartet, doch unterließ er, nicht etwa aus politischen Gründen, weil ein Zusammenreffen mit dem Zaren nicht opportun erschienen wäre, sondern aus rein höflichen Rücksichten, die mit Etikettefragen bezüglich der Gemahlin des Thronfolgers zusammenhängen. Wäre eine Zusammenkunft zwischen dem Thronfolger und Kaiser Nikolaus dennoch möglich geworden, unzweifelhaft hätte sie ihre besten Früchte getragen und vor allem der persönlichen Annäherung der Häuser Romanow und Habsburg gedient. Die politische Annäherung ist zweifellos auch ohne das persönliche Zusammenreffen erfolgt. Der Zar würde in seiner Kundgebung kaum die Form seines Einverständnisses mit Deutschland, das mit Oesterreich-Ungarn aufs engste verbunden ist und die gleichen Ziele wie die Wiener Politik verfolgt, gefunden haben, wären seine Anschauungen in einzelnen Punkten nicht die gleichen wie die Berliner und Wiener Auffassungen. Aus der Zarenkundgebung kann man somit sehr gut einen Zusammenhang der in Petersburg, London, Berlin und Wien verfolgten Politik herausziehen, der ohne allen Zweifel im gegenwärtigen Augenblick von nicht zu unter-

schätzendem Werte ist. Diese Politik erstreckt sich in der Hauptsache auf die Ereignisse auf dem Balkan, die ja auch jetzt immer noch so mancher Klärung und vor allem des Zusammenhaltens der Großmächte bedürfen, um einen neuen Brand im Orient zu verhüten und vorhandene Neigungsflächen zu mildern. Wie bereits das energische Telegramm des Zaren an die Könige Ferdinand und Peter bewiesen hat, will Rußland unter allen Umständen den Frieden auf dem Balkan aufrechterhalten, eventuell, wie ja die Deutschen mit aller Deutlichkeit hervorhoben, mit allen dem russischen Reiche zur Verfügung stehenden Gewaltmaßnahmen. Dieser Wille zur Aufrechterhaltung des Friedens kommt in der Betonung des Einverständnisses mit Deutschland und England ebenso zum Ausdruck und gibt Europa ein gewisses Ruhegefühl, das nach den politisch so erregten Zeiten der letzten Wochen und Monate, der Periode des Hangens und Wankens, die Völker Europas aufatmen läßt.

Wenigstens für den gegenwärtigen Augenblick. Es ist von besonderer Bedeutung und für die Bewertung der russischen Politik und damit der Politik Europas nicht ohne Einfluß, daß der Zar in seinem Schreiben betont, er erblicke in der Zusammenkunft in Berlin den Ausdruck einmütiger Gesinnung in den Hauptfragen der europäischen Politik „im gegenwärtigen Augenblick“. Mit diesen drei Wörtern behält sich demnach Rußland seine Stellung in der Zukunft vor und will damit sagen, ob die Einmütigkeit der Gesinnung auch für später bestehen wird, darauf könne sich die russische Regierung nicht festlegen. Diese Einschränkung ist zweifelsohne Rußlands Recht. Zwar soll jeder Staat auch Zukunftspolitik treiben, aber in den Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft ist es schwer, den Propheten zu spielen. Immerhin bleibt es bedeutungsvoll, daß Rußland diesen Vorbehalt glaubt machen zu müssen; es werden dadurch Aussichten gegeben, die ein Gefühl der Beunruhigung schaffen könnten, hätte man nicht das Vertrauen zur europäischen Diplomatie, daß sie auch in Zukunft bei all den schwerwiegenden Fragen, die auftauchen werden — Bündnistoff ist ja genug vorhanden —, sich auf einer freundlichen und verständnisvollen Basis zusammenfinden wird, nachdem eine so krisenreiche Zeit, wie sie die Ereignisse auf dem Balkan seit dem Herbst des vergangenen Jahres bis in die neueste Zeit hinein gebracht hat, ohne allzu ernste Verwicklungen verstrichen ist. Wie groß die Schwierigkeiten der europäischen Diplomatie gewesen sind, weiß jeder, der auch nur sehr flüchtige Kenntnisse der Tagespresse von den Vorgängen auf dem Balkan Kenntnis genommen hat. Die kriegerischen Geschehnisse, in denen wir wiederholt geschweigt haben, sind in ihrer ganzen Deutlichkeit nicht allzuoft scharf umrissen vor die Augen des Einzelnen getreten. Professor Schiemann (Berlin), ein genauer Kenner der russischen Verhältnisse, hat erst kürzlich wieder darauf hingewiesen, daß wir vor dem bekanntesten Sazonowischen Kundgebung an König Viktoria, die seinerzeit durch ihre offenerzige Sprache großes Aufsehen erregte, unmittelbar vor einem russisch-österreichischen Kriege mit allen Konsequenzen, die er haben mußte, gestanden haben.

Wenn damals wiederum der Krieg, der im letzten Halbjahre schon so oft als Schreckgespenst aufgetaucht war, verhindert werden konnte, dank deutsch-englischer Vermittlungen in Wien und Petersburg, da muß man der Hoffnung Raum geben, daß auch in Zukunft Rußlands Vorbehalt nur auf dem Dokument stehen bleiben wird, in dessen Besitz der Minister Sazonow sich jetzt befindet. Im übrigen soll man dem Zaren und seiner Regierung dankbar sein, wenn er mit offenen Karten Politik treibt und nicht durch diplomatisch-lieberwürdige, schöngedrechselte Nebenarten den Anschein erwecken will, daß man Rußlands Zustimmung auf jeden Fall in Zukunft sicher sei. So kann man nur die Hoffnung äußern, daß der Zar auch in der nächsten und weiteren Zukunft, nicht nur „im gegenwärtigen Augenblick“, die Tatsache nicht vergißt, die ihn allem Anschein nach mit besonderer Freude erfüllt hat, daß eine Verständigung, ein Zusammenarbeiten mit Deutschland möglich ist und von der deutschen Bevölkerung auch dankbar anerkannt wird. Gibt er in diesem Sinne auch nach der völligen Beilegung der Orientkrisis seine Weisungen, dann wird der Friede Europas, den er in seinem Schreiben so deutlich betont, gemahnt bleiben.

Der Zar hat es ja auch deutlich ausgesprochen, daß er der Inspirator Sazonows ist und Sazonow seine „Weisungen“ erfüllt hat. Diese Behauptung ist eben-

falls recht interessant. Es geht daraus hervor, daß alle Gerüchte, daß der Zar mit Sazonows Politik nicht einverstanden sei, hinfällig sind. Die Bemerkung des Kaisers, daß Sazonow „mit Rechtigkeit“ seine Anschauungen vertreten hat, läßt aber auch die Schwierigkeiten erkennen, die Sazonow von panslawistischer Seite aus gehabt hat, und die zu überwinden nur deshalb möglich war, weil Sazonow das Vertrauen seines Monarchen besaß. Der kaiserliche Dank an Sazonow ist ja auch vollberechtigt. Denn das recht doch unzweifelhaft ist, daß Sazonow es verstanden hat, mit friedlichen Mitteln aus der Balkankrise einen ganz bedeutenden Gewinn für Rußland herauszuholen, der nicht allein in der ungeheuren Stärkung des Slawentums besteht. Sazonow hat jede Chance, die sich ihm bot, mit allen Mitteln ausgenutzt. Er ist nur nicht in den Fehler gefallen, den die Panslawisten genau hätten, wenn einer der ihrigen oder einer, der ihren Wünschen nicht solche Beistand entgegengebracht hätte, wie zum Beispiel der in letzter Zeit wieder vielfach genannte ehemalige Ministerpräsident Graf Witte, den panslawistische Kreise gern als den Nachfolger Sazonows haben möchten, am Ruder gewesen wäre. Sazonow kann man als den Träger einer ruhigen, zielbewußten, keineswegs aggressiven Politik in Anspruch nehmen, dessen Erhaltung als Vetter des russischen Ministeriums des Auswärtigen ohne Zweifel in unserem Interesse liegt. Dafür sagt ihm der Zar seinen Dank und wünscht die Fortsetzung dieser Politik. Das ist das Bemerkenswerte der Zarenkundgebung. Allerdings soll man sich auch nicht darüber täuschen, daß Rußlands augenblickliche äußere Politik der Ausflucht der inneren ist. Daß die innere Welt keineswegs äußere Verwicklungen gestattet, dafür sorgen allein gewisse revolutionäre Umtriebe, die sich immer wieder erneut im großen russischen Reiche bedenklich bemerkbar machen.

## Prinz Ernst August über die Bellenfrage.

Die Befürchtungen, die gelegentlich der Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland in der nationalen Presse geäußert wurden und die nach der Hochzeit durch das Anwachsen der weltlichen Agitation, sowie durch das Verhalten des Herzogs von Cumberland genährt wurden und die auch dann nicht verstimmen konnten, als die „Nordd. Allg. Ztg.“ die bekannte energische Zurückweisung der weltlichen Agitation bezüglich der „Ansprüche“ auf Hannover veröffentlichte, will die Veröffentlichung eines Schreibens des Prinzen Ernst August an den Reichskanzler zerstreuen. Das Blatt des Reichskanzlers schreibt in seiner Ausgabe am Donnerstag nachmittag:

Mit Zustimmung Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland und seines Sohnes geben wir die Erklärung bekannt, die Prinz Ernst August mit Genehmigung seines Vaters in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 20. April d. J. abgegeben hat. Dieses Schreiben lautet:

„Ev. Excellenz beehre ich mich davon in Kenntnis zu setzen, daß mein Herr Vater, Sr. Königl. Hoheit der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, den Entschluß gefaßt hat, in der Voraussicht der Aufhebung der Beschlüsse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 und 28. Februar 1907 seine Rechte auf die Regierung im Herzogtum Braunschweig auf mich zu übertragen. Der Uebernahme der Regierung in Braunschweig durch ein Mitglied unseres Hauses standen bisher die vorherbezeichneten Beschlüsse des Bundesrats entgegen. Die bekannten, meine Person betreffenden jüngsten Ereignisse, insbesondere meine Verlobung mit Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen haben die den Beschlüssen des Bundesrats zugrundeliegende Sach- und Rechtslage geändert. Mit Zustimmung meines Herrn Vaters habe ich meine Anstellung als Offizier im Königlich preussischen Heere nachgelassen und Sr. Majestät dem Kaiser und König treue und Gehorsam eidlich gelobt. Darin liegt das Versprechen, daß ich nichts tun und nichts unterlassen werde, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Bestand Preußens zu verändern. Diese Sach- und Rechtslage wird in Verbindung mit dem Verzicht meines Herrn Vaters auf den braunschweigischen Thron nach meiner Ueberzeugung die